

Sitzungsniederschrift

27. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 18.02.2015	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:10 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Jeromin-Oldewurtel
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Hasbach, Bernd	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Peters, Cornelius	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Verwaltung		
Dettmers, Hanna		
Saathoff, Irene		
Weber, Harm-Uwe		

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE
---------------------------	-------

Siebels, Wiard	SPD
----------------	-----

Grundmandat

Roß, Jan	DIE LINKE.
----------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.02.2015 |
| 5. | 3. Beratung Haushalt 2015 |
| 6. | Anfragen |
| 7. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 8. | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.02 Uhr die 27. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung und die Zuschauerin.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordnete Altmann nahm für die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel, Abgeordneter Peters nahm für den Abgeordneten Siebels und Abgeordnete Seelgen nahm für den Abgeordneten Roß an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.02.2015**

Die Niederschrift über die 26. Sitzung des Finanzausschusses vom 05.02.2015 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
 ⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **3. Beratung Haushalt 2015**

Vorsitzender Thiele sagte, dass geplant sei, in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 03.03.2015 bezüglich des Haushalts den Empfehlungsbeschluss für den Kreistag zu fassen. Er gab das Wort an Frau Saathoff weiter, die einleitend erklärte, dass der Entwurf des Gesamtplanes, der den Ergebnishaushalt beinhalte, den Mitgliedern des Finanzausschusses vorläge. Im Entwurf müssten jedoch noch ein paar Zahlen korrigiert werden, auf die sie noch eingehen werde.

Im Folgenden erläuterte **Frau Saathoff** Details zum Haushalt 2015 anhand von aufgelegten Folien. Die erste Folie (Anlage 1) zeige die Kennzahlen der Erträge und Aufwendungen im Haushaltsansatz 2015, im Finanzplan 2015 und im Nachtrag 2014 zum Vergleich. In Bezug auf den Nachtrag 2014 seien im Haushaltsansatz 2015 5.313.500 Euro geringere Erträge zu erwarten, die Aufwendungen stiegen um 6.233.100 Euro. Somit verändere sich das strukturelle Ergebnis um 11.546.600 Euro und das strukturelle Defizit 2015 betrage somit -6.368.700 Euro. Die Finanzplanung der Folgejahre gestalte sich so, dass das strukturelle Ergebnis 2016 bei ca. 1,1 Millionen Euro, 2017 bei ca. 1 Millionen Euro und 2018 bei ca. 4 Millionen Euro liege (Anlage 2). Frau Saathoff wies darauf hin, dass bei dieser Darstellung die zusätzlichen Zinsaufwendungen extra aufgeführt seien, da diese in der Aufstellung „Gesamtergebnishaushalt“ (Anlage 3) fehlten. Hier sei versehentlich die Zahl für die Zinsaufwendungen für 2015 für die Planjahre fortgeschrieben worden.

Frau Saathoff berichtete, dass die Übersicht der Mittelanmeldungen 2015 auf den neuesten Stand gebracht worden sei (Anlage 4). Beim Ordnungsamt habe sich z. B. der Ansatz für die Personalkosten gegenüber der Aufstellung vom 05.02.2015 erhöht. Die Mittel für das Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung seien reduziert worden. Beim Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung habe sich der Zuschussbedarf im Vergleich zum Ansatz 2014 um ca. 1,6 Millionen Euro erhöht. Dies sei durch höhere Aufwendungen bei der Schülerbeförderung (1,1 Mio Euro) und bei den Abschreibungen u.a. für Zuweisungen an Gemeinden im investiven Bereich zu begründen. Beim Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz und beim Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche seien die von Herrn Kruse in der letzten Sitzung erläuterten zusätzlichen Stellen für das Wallheckenkataster bzw. für das Projekt „Krummes Tief“ in den Personalkosten noch nicht enthalten gewesen. Entsprechende Erträge wurden ebenfalls eingeplant.

Anhand der Anlage 5 (Erträge und Aufwendungen) erläuterte **Frau Saathoff**, aus welchen Einnahmen und Ausgaben sich die Erträge und Aufwendungen zusammen set-

zen und wie hoch sich die jeweiligen Ansätze im Jahre 2014 und 2015 belaufen. So würden z. B. unter der Rubrik „Steuern und ähnliche Abgaben“ die Jagsteuer und bestimmte Leistungen des Landes gemäß SGB II (Hartz IV) verbucht. Auflösungserträge aus Sonderposten beinhalten Zuschüsse, die der Landkreis von Dritten für investive Maßnahmen erhalten habe. Bei den Transferzahlungen (Leistung ohne Gegenleistung) seien 2015 im Verhältnis zu 2014 ca. 900.000 Euro Mehrerträge zu verbuchen. So seien im Sozialamt 600.000 Euro, beim Amt für Kinder, Jugend und Familie 800.000 Euro Mehrerträge bei den Transfererträgen zu verzeichnen, während diese beim Jobcenter um 500.000 Euro rückläufig seien. Bei den „Kostenerstattungen und Umlagen“ handele es sich überwiegend um Erstattungen im sozialen Bereich. Das Sozialamt erhalte 2015 bei der Grundsicherung 4,2 Millionen Euro, beim Quotalen System 3,8 Millionen Euro und im Asylbereich 0,8 Millionen Euro mehr als im Jahr 2014. Unter der Position „Zinsen und ähnliche Finanzerträge“ werde unter anderem die Dividende aus der Beteiligung am Zweckverband EWE ausgewiesen. Die Rubrik „Sonstige ordentliche Erträge umfasse insbesondere Erträge aus Buß- und Verwarnungsgeldern, aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren und Auflösung von Rückstellungen. Insgesamt gesehen, gebe es 2014 5,3 Millionen weniger Erträge als im Jahr 2015. Die Aufwendungen für das Personal erhöhen sich 2015 um ca. 2,1 Millionen Euro, wobei die Ansätze noch auf das aktive Personal und die Versorgung aufgesplittet werden. Die Transferaufwendungen steigen insgesamt um ca. 4 Millionen Euro, wobei es 2015 keine Zahlungen aus den Strukturfonds (- 3 Millionen Euro) geben werde und für die UEK gGmbH 8,9 Millionen Euro weniger Verlustausgleich eingepplant seien, während erhöhte Aufwendungen beim Sozialamt (+ 12,6 Mio Euro), beim Jobcenter (+ 2,5 Millionen Euro) und beim Amt für Kinder, Jugend und Familie (+ 0,7 Millionen Euro) zu beobachten seien. Insgesamt erhöhen sich die Aufwendungen im Jahre 2015 um ca. 6,3 Millionen Euro, so dass sich für das Jahr 2015 ein Fehlbetrag in Höhe von 6.368.700 Euro ergebe.

Abgeordneter Gossel sagte, dass sich die Transferaufwendungen nicht um 4 Millionen Euro gegenüber 2014 erhöhten, sondern um 7 Millionen Euro, da für den Zuschuss an die UEK gGmbH drei Millionen hinzugerechnet werden müssten.

Frau Saathoff erwiderte, dass mindestens 7 Millionen Euro Zuschuss an die UEK gGmbH erforderlich seien, um kein negatives Eigenkapital auszuweisen.

Frau Saathoff legte eine Übersicht der Personalaufwendungen als Folie auf (Anlage 6). Diese Übersicht wurde bereits in der letzten Sitzung des Finanzausschusses erörtert, enthalte nun die aktualisierten Zahlen; es habe geringfügige Veränderungen gegeben. So sei der Ansatz für das Ordnungsamt um ca. 100.000 erhöht worden, die Ansätze für das Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz sowie für das Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche verändert worden. Die Personalaufwendungen für die Projekte „Renaturierung Krummes Tief“ und „Wallheckenkartierung“ seien, wie bereits zuvor erläutert, kostenneutral, da hier auch Erstattungen erfolgten.

Abgeordneter Akkermann stellte die Frage, ob in den Personalaufwendungen Tarifierhöhungen enthalten seien, was **Frau Saathoff** bejahen konnte.

Anhand der Anlage 7 stellte **Frau Saathoff** anschließend die Ergebnisse der einzelnen Teilhaushalte dar und im Einzelnen die Veränderungen in den Teilergebnishaushalten für das Amt für Kinder, Jugend und Familie (Anlage 8) und für das Sozialamt (Anlage 9). Im Teilergebnishaushalt des Jugendamtes erhöhe sich das Defizit um 674.000 Euro im Vergleich zum Ansatz 2014. Geplant worden sei auf Basis „Ist 2014“ unter Berücksichtigung von Steigerungen in Höhe von 5 % bei den Hilfen zur Erziehung. Die Mehr-



aufwendungen beim Produkt 365-01(Tageseinrichtungen für Kinder) beruhen auf Berücksichtigung der Mehraufwendungen bei Inkrafttreten der neuen Kita-Vereinbarung. Im Teilergebnishaushalt des Sozialamtes wurden Netto-Mehraufwendungen in Höhe von rund 3,56 Millionen Euro eingeplant. Beim Produkt 311-30 (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen) seien Mehraufwendungen von 1,72 Millionen Euro zu verzeichnen. Die Verbesserung beim Produkt 311-60 (Grundsicherung) ergebe sich aus der hundertprozentigen Erstattung des Bundes ab 2015. Die Mehrerträge beim Produkt 311-70 ((Zahlungen Quotales System) wurden bei gleichbleibender Quote anhand der derzeitigen Abschlagshöhe ermittelt. Die Verschlechterung im Produkt 312-10 (Leistungen für Unterkunft und Heizung) beruhe auf eine geänderte Veranschlagung. Die bisher hier veranschlagten Erträge aus dem Bereich Bildung und Teilhabe wurden aufgrund statistischer Vorgaben jetzt den Produkten 312-60 (Bildung und Teilhabe) und 347-01 (Bildung und Teilhabe nach § 6b BKKG) zugeordnet. Eine eklatante Veränderung zeige sich beim Produkt "Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz" (Produkt 313-01); das Defizit sei um 7 Millionen Euro auf ca. 8 Millionen Euro gestiegen. Die gezahlte Pauschale pro Jahr pro Asylbewerber von 6.123,- Euro reiche nicht aus, überschlägig gehe man von rund 10.000,- Euro aus. Außerdem erfolge die Erstattung auf Basis der Asylbewerberanzahl 2013.

Mit Hilfe der Anlage 10 (Erträge und Aufwendungen) zeigte **Frau Saathoff** die Zahlen für die folgenden drei Planungsjahre auf und ging im Speziellen anhand der Anlage 11 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen) auf die Entwicklung der Zuwendungen und Umlagen für die Planungsjahre 2016 bis 2018 ein.

Abgeordneter Agena fragte, warum die Erträge in dieser Tabelle mit einem Minuszeichen versehen worden seien.

Frau Saathoff erklärte, dass dies aufgrund unterschiedlicher Systemeingaben erfolge. Sie gebe zu, dass dies etwas verwirrend sei.

Frau Saathoff ging auf die Entwicklung des Finanzausgleichs und der Kreisumlage von 2013 bis 2018 ein (Anlage 12). Die Position "Plan 2015" müsse Ansatz 2015 heißen, während der hier dargestellte Ansatz 2015 die ursprüngliche Planungszahl für 2015 beinhalte. Laut des Orientierungserlasses des Landes Niedersachsen betrage die Steigerung der Schlüsselzuweisungen jährlich 4%. Da diese Steigerung nach der Steuerschätzung Ende 2014 zu hoch sei, wurde der Berechnung eine 2-prozentige Steigerung zugrunde gelegt. Somit betragen die Schlüsselzuweisungen 2015 39 Millionen Euro und die Kreisumlage 92,7 Millionen Euro. Die Zahlen der Kreisumlage für die Gemeinden seien in den Folgejahren identisch mit den Zahlen aus 2014, bis auf die Zahlen für die Stadt Aurich. Aufgrund geringerer Steuereinnahmen sinke die Kreisumlage der Stadt Aurich von 83,5 Millionen Euro im Jahre 2014 auf 27,5 Millionen Euro im Jahr 2015; im Jahr 2016 seien von der Stadt Aurich 39,3 Millionen Euro eingeplant, die gesamte Kreisumlage stehe mit 104,6 Millionen zu Buche, während für das Jahr 2017 101,8 Millionen Euro eingeplant seien, um 2018 auf 103,1 Millionen Euro zu steigen.

Abgeordneter Agena wies zunächst darauf hin, dass die Zuschüsse an die UEK gGmbH, die in dieser Übersicht in der letzten Zeile nachrichtlich erwähnt werden, mit einem Minuszeichen versehen werden müssen. Er monierte, dass die Ansätze für die Zuschüsse im Jahr 2016 und 2017 die ursprünglichen Planzahlen seien und im Jahr 2018 fortgeschrieben wurden.

Abgeordneter Dirksen war ebenfalls der Ansicht, dass durch das Ansetzen dieser Zahlen für den Zuschussbedarf der UEK, die „Zahlen schön geredet werden“. In diesem Jahr würden 7 Millionen angesetzt werden, obwohl der Verlust bei der UEK gGmbH voraussichtlich 10 Millionen Euro betragen würde.

Landrat Weber entgegnete, dass er davon ausgehe, dass das Defizit größer sei als im Finanzplan ausgewiesen. In diesem Jahr sei es sinnvoll, der UEK gGmbH aufgrund der Haushaltslage statt 10 Millionen Euro 7 Millionen Euro als Zuschuss zukommen zu lassen. Die Kreisumlage verringere sich gegenüber der Planung um rund 13 Millionen Euro, während rund 7 Millionen Euro mehr Schlüsselzuweisungen erwartet werden, sodass hier unterm Strich ein Minus von rund 6 Millionen Euro entstehe. Die Zahlen in Bezug auf den Verlustausgleich der UEK gGmbH seien nicht zu halten und nur vorläufig eingesetzt. Die Klinik erstelle bis zur nächsten Sitzungen Berechnungen für die Folgejahre.

Abgeordneter Agena zeigte sich unzufrieden, da in der letzten Sitzung des Kreistages in dem nicht-öffentlichen Teil von Herrn de Vries und von Herrn Wenning keine konkreten Zahlen zur Lage der UEK gGmbH genannt worden seien.

Abgeordnete Griesel bemängelte ebenfalls, dass „nicht die annähernd richtigen Zahlen“ bei der Defizitabdeckung eingesetzt worden seien und diese Zahlen nicht zu halten seien. Durch diese mittelfristige Finanzplanung werde ein falsches Signal an die Kommunalaufsicht gegeben, zumal seit 2012 bei der Haushaltsgenehmigung die mittelfristige Finanzplanung eine nicht unerhebliche Rolle spiele.

Landrat Weber bekräftigte noch einmal, dass diese Zahlen nur in der heutigen Sitzung in der Übersicht erscheinen und in der nächsten Sitzung überarbeitet seien. Es läge ihm fern, der Kommunalaufsicht etwas verheimlichen zu wollen. In diesem Jahr machen dem Landkreis Aurich insbesondere die Mehrausgaben für die Asylbewerber zu schaffen.

Abgeordnete Griesel sprach an, dass in der Haushaltsgenehmigung für den Landkreis Aurich die langfristige Verschuldung angemahnt werde und trotzdem immer mehr Schulden angehäuft werden.

Landrat Weber sagte, dass der Investitionsplan noch in den Fraktionen beraten werde, am Wochenende fänden erste Fraktionssitzungen statt.

Frau Saathoff erläuterte im Folgenden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, sowie die sonstigen ordentliche Aufwendungen für die Planungsjahre (Anlage 13).

Abgeordneter Agena bezog sich auf die Aufstellung der freiwilligen Leistungen und fragte, ob für die Skifreizeit in Steibis die Skihütte vom Landkreis gepachtet sei.

Landrat Weber verneinte dies und erklärte, dass Nutzungsverträge geschlossen wurden. Zusätzlich entstünde Personalaufwand in der Verwaltung. Dies gelte ebenfalls für die Freizeit auf Norderney.

Frau Saathoff ergänzte, dass im Haushalt seit Jahren ein gedeckelter Zuschuss von 25.000,- Euro ausgewiesen werde (Teilnehmerbeträge: 180.000 Euro, Aufwand: 205.000 Euro). **Abgeordneter Agena** habe die Kosten für die Skifreizeit mit einer

Summe von 400.000 Euro in Verbindung gebracht, wolle dieses aber noch einmal überprüfen.

Vorsitzender Thiele erklärte abschließend, dass der Haushaltsentwurf 2015 zur Beratung an die Fraktionen verwiesen werde.

TOP 6 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.10 Uhr.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Dettmers
Protokollführerin